

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, Thomas Ehrhorn und der Fraktion der AfD

Entwicklung der Besucherzahlen in den Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Im Jahresbericht 2018 (JB 2018) der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) wird mit Blick auf alle Museen der SPK eine Besucherzahl von „rund 3.793.000“ (S. 113) ausgewiesen. Das ist im Vergleich mit 2011 (4.632.000 Besuche) oder auch 2012 (4.459.000 Besuche) ein signifikanter Rückgang (www.preussischer-kulturbesitz.de/jahrespressekonferenzen/article/2013/01/30/presse-meldung-jahrespressekonferenz-2013.html). Die SPK verweist in diesem Zusammenhang auf „anhaltende Sanierungen und damit verbundene (Teil-)Schließungen“ (JB 2018, S. 112). „Uns fehlen etwa eine Million Besucher durch geschlossene Häuser“, erklärte der Generaldirektor der Staatlichen Museen bei der Vorstellung des SPK-Jahresberichts 2018 (www.morgenpost.de/kultur/article216874427/Staatsbibliothek-schafft-Gebuehren-ab-und-oeffnet-laenger.html).

Demgegenüber ist festzustellen, dass die Tourismuszahlen für Berlin von rund 7 Mio. im Jahre 2006 auf mehr als 13,5 Mio. Besuchern im Jahre 2018 gestiegen sind, was fast einer Verdoppelung gleichkommt (vgl. www.berlin.de/sen/wirtschaft/wirtschaft/branchen/tourismus/tourismus-in-zahlen/). Die Museen der SPK konnten davon selbst unter Zugrundlegung der Tatsache, dass wegen Sanierungsarbeiten Häuser geschlossen sind, nicht profitieren. „Alle Ausstellungshäuser der Stiftung [SPK] zusammen“, so konstatierte z. B. die Hamburger Wochenzeitung Die Zeit im Dezember 2018, „– immerhin 19 Stück, breit über die Stadt verteilt – haben im Jahr nicht halb so viele Besucher wie der Louvre in Paris. Hier sind das 3,5 Millionen, dort über acht“ (www.zeit.de/2018/52/berliner-museen-stiftung-preussischer-kulturbesitz-besucher-kunstschatze). „Nicht vorübergehende Schließungen, sondern übermäßige Eröffnungen“ seien laut der „Zeit“ „das Problem“.

Aus Sicht der Fragesteller verweist dieser Artikel auf die berechtigte Frage, warum sich die ambitionösen Großprojekte der SPK nicht auch in entsprechenden steigenden Besucherzahlen niederschlagen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie rechtfertigt die Bundesregierung den mit umfangreichen öffentlichen Fördermitteln betriebenen Expansionskurs der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), gerade auch mit Blick auf laufende, geplante oder abgeschlossene Großprojekte (z. B. James-Simon-Galerie, Museum des 20. Jahrhunderts, Pergamonmuseum), mit Blick auf die stagnierenden oder rückläufigen

Besucherzahlen in den Museen der SPK (siehe Ausführungen in der Vorbemerkung der Fragesteller)?

2. Stimmt die Bundesregierung mit Blick auf Frage 1 der Ansicht der Fragesteller zu, dass mit Blick auf die Museen der SPK zwischen den eingesetzten Fördermitteln und dem Ertrag (z. B. mit Blick auf die Besucherzahlen) ein signifikantes Missverhältnis besteht?

a) Wenn ja, welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus diesem Befund bisher gezogen?

b) Wenn nein, warum sieht die Bundesregierung hier kein Missverhältnis?

3. Wie erklärt sich die Bundesregierung die mit Blick auf die Entwicklung der letzten zehn Jahre stagnierenden bzw. teilweise sogar rückläufigen Besucherzahlen in den Museen der SPK vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Tourismuszahlen in Berlin seit 2006 (siehe Vorbemerkungen der Fragesteller)?

Hat die Bundesregierung eine Erklärung dafür, warum sich die steigenden Touristenzahlen nicht auch in deutlich steigenden Besucherzahlen in den Museen der SPK niederschlagen?

4. Welche Gründe sieht die Bundesregierung für den Befund, dass sich im weltweiten Ranking der Anzahl der Besucher in Kunstmuseen für die Jahre 2017 und 2018 trotz umfangreicher Investitionen kein einziges Museum der SPK unter den ersten zehn findet, dafür aber allein vier Museen in London? (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217825/umfrage/besucherstaerkste-kunstmuseen-weltweit/>)

5. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, inwieweit es seitens der Museen der SPK SWOT-Analysen gibt, gerade auch im Hinblick auf die für Besucher offenbar attraktiveren Museen im europäischen Raum?

Wenn ja, welche Erkenntnisse haben diese SWOT-Analysen erbracht?

6. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob es seitens der SPK Überlegungen dazu gibt, mit welchen Maßnahmen die Besucherzahlen in den Museen der SPK signifikant gesteigert werden können?

a) Wenn ja, welcher Art sind diese Maßnahmen?

b) Wenn nein, warum nicht?

7. Ist nach Kenntnis der Bundesregierung damit zu rechnen, dass mit Blick auf den Betrieb der SPK-Museen das Beispiel des Bode-Museums Schule machen könnte, in dem Teile der Dauerausstellung offenbar aufgrund sinkender Besucherzahlen erst ab 11 Uhr morgens zu besichtigen sind bzw. der Gobelinsaal nur an Wochenenden (www.smb.museum/museen-und-einrichtungen/bode-museum/besuch-planen/oeffnungszeiten.html)?

a) Wenn ja, inwieweit stimmt die Bundesregierung in diesem Fall der Prognose der Fragesteller zu, dass die Besucherzahlen sich dann weiter verringern werden?

b) Wenn nein, warum rechnet die Bundesregierung nicht damit, dass das Beispiel des Bode-Museums Schule machen wird?

8. Gibt es seitens der Bundesregierung Berechnungen darüber, wie viele Besucher die Museen der SPK verlieren werden, wenn das Humboldt-Forum bei avisiertem freiem Eintritt in die Dauerausstellungen seinen Ausstellungsbetrieb eröffnet?

a) Wenn ja, welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung aus diesen Berechnungen gezogen?

- b) Wenn nein, warum nicht?
9. Geht die Bundesregierung vor dem Hintergrund möglicherweise zurückgehender Besucherzahlen aufgrund des avisierten freien Eintritts in die Dauerausstellungen des Humboldt-Forums von einem steigenden Finanzbedarf der Museen der SPK aus (www.tagesspiegel.de/kultur/humboldt-forum-humboldt-kostet-ja-und-nein/24681074.html)?
- a) Wenn ja, hat die Bundesregierung Kenntnis von Berechnungen seitens der SPK, in welcher Höhe sich dieser Finanzbedarf bewegen wird?
- b) Wenn nein, warum geht die Bundesregierung davon aus, dass es keinen steigenden Finanzbedarf der Museen der SPK geben wird?

Berlin, den 1. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

